

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/232

6. Dezember 1971

Europas Einigung: Garant für den Frieden

Zu den Ergebnissen der Paris-Gespräche
Brandt-Pompidou

Von Conrad Ahlers
Staatssekretär im Bundeskanzleramt und
Sprecher der Bundesregierung

Seite 1 und 1a / 56 Zeilen

Sicherheit gibt die Chance für Reformen

Der Kausalzusammenhang von Außen- und
Innenpolitik

Von Prof. Dr. Günter Slotta SPD-MdB

Seite 2 und 3 / 64 Zeilen

Lassen wir die "Großen" weiterlaufen?

Schärfere Bekämpfung der Wirtschafts-
kriminalität

Von Martin Hirsch MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 4 bis 7 / 175 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 8-10
Postfach: 9153
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-30
Telex: 888 846/888 647/
888 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Europas Einigung: Garant für den Frieden

Zu den Ergebnissen der Paris-Gespräche Brandt-Pompidou

Von Conrad Ahlers

Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Sprecher der Bundesregierung

Der Bundeskanzler und der französische Staatspräsident haben ein sehr nützliches Gespräch geführt. Sie sind sich in der Währungsfrage, in Bezug auf die Entwicklung der erweiterten europäischen Gemeinschaft und im Bereich der Ost-West-Beziehungen näher gekommen. Die Schatten, die seit einigen Monaten auf dem deutsch-französischen Verhältnis lagen, sind vorflogen. Beide Staatsmänner haben noch einmal unter Beweis gestellt, daß die Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn auf der Grundlage des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages der Eckstein für den Bau des neuen Europa ist.

Man erinnert sich: Die Anregung für diese Begegnung ging vom Bundeskanzler aus. Er meinte, daß ein Gespräch von Mann zu Mann unter vier Augen, ein ganz offener Meinungsaustausch, erforderlich sei, aber auch ausreichen würde, um Mißverständnisse auszuräumen und die auf begründeten Interessen beruhenden Positionen der beiden Seiten wieder in die gleiche Bahn zu lenken. Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Zwar sollte dieses Zusammentreffen, was den Bereich der Währung angeht, nur einen exploratorischen Charakter haben, aber es ist gelungen, sich auf bestimmte Prinzipien für die Regelung zu verständigen, die im weltweiten Rahmen erfolgen müssen.

Die Rückkehr zu festen Wechselkursen wird nicht nur von Frankreich, sondern auch von Deutschland gewünscht im Interesse des freien Welthandels und als Voraussetzung für den Start der europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion. Aber diese Wechselkurse müssen realistisch sein, müssen dem tatsächlichen Wert

der Währungen und der Wirtschaftskraft der beteiligten Länder entsprechen. Sie müssen auch dazu dienen, spekulative und inflationistische Erscheinungen zu dämpfen. Aus diesem Grund kann man nicht einfach, wie Frankreich es ursprünglich wollte, in der Welt zu den alten Wechselkursen zurückfinden. Man hat den Eindruck, daß Paris jetzt auch diese Auffassung teilt.

Die Freigabe des Wechselkurses der Mark, die Paris kritisiert hatte, war notwendig, um den wirtschaftspolitischen Stabilitätskurs in der BRD zu sichern und um einen Anstoß für die Neu- festsetzung der internationalen Paritäten zu geben. Es hat den Anschein, daß diese mutige Politik Prof. Kari Schillers jetzt besser verstanden und erfolgreich sein wird, zumal nun auch die Vereinigten Staaten nicht länger auf starren Positionen beharren. Deshalb konnten Präsident Pompidou und Bundeskanzler Brandt die vorausgegangenen Differenzen und auch die Mißtöne vergessen, die in den letzten Monaten angeklungen waren, in der Tat. Es kommt nicht auf die Begleitmusik an, sondern auf das, was erreicht wird.

Dankbar ist die Bundesregierung dem französischen Präsidenten für die rückhaltlose Unterstützung, die er der deutschen Ost- West-Politik zuteil werden läßt. Diese Unterstützung ist mehr als nur der Ausdruck gemeinsamer europäischer Interessen, sie ist auch Ausdruck der deutsch-französischen Solidarität und Freundschaft. Die Reise nach Paris war zweckmäßig und hat die Kritiker widerlegt, die, weil sie unsere Ostpolitik ablehnen, behaupten, der Bundeskanzler vernachlässige die europäische Politik. Nichts ist falscher als diese Behauptung, denn nichts ist nach Auffassung des Bundeskanzlers wichtiger als Fortschritte bei der europäischen Einigung. Sie ist der Garant für den Frieden, die Sicherheit und den Wohlstand.

(-/en/6.12.1971/ks)

Sicherheit gibt die Chance für Reformen

Der Kausalzusammenhang von Außen- und Innenpolitik

Von Prof. Dr. Günter Slotte SPD-MdB

Die Ostpolitik, die die sozialliberale Bundesregierung betreibt, ist nicht nur eine Folge der richtigen Einschätzung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland, sondern sie entspricht auch der europäischen Lage. Der Ostblock ist kein Menolith, die EWG hat noch nicht zur Überwindung bloß nationaler Standpunkte geführt. Die Angst vor dem deutschen "Dynamismus", der "Zünderfunktion" der BRD, - auch im Westen teilweise noch vorhandenen -, beginnt sich im Osten ebenso erst abzubauen wie die Angst bei uns, daß "die Russen kommen". Die junge Generation in West- und drüben stellt den Staat grundsätzlich und insgesamt gesehen zwar nicht in Frage, aber sie fordert von ihm - in beiden Blöcken auf unterschiedliche Ziele und Inhalte gerichtete - Veränderungen. Der weltpolitischen Umklammerung des einen setzt sich die des anderen entgegen.

Alle die Europapolitik bestimmenden Mächte wollen die Konsolidierung des Status quo, die Anerkennung der gegebenen Realitäten. Ein Grund liegt in der Einsicht, daß Veränderungen für keine Seite, für keinen Block mit militärischen Mitteln zu erreichen sind. Der andere Grund liegt in den heftigst werdend ansackenden innenpolitischen Schwierigkeiten, mit denen es diese Staaten zu tun haben.

Die BRD steht nicht nur vor der Aufgabe, durch innere Reformen mehr soziale Gerechtigkeit für den größten Teil ihrer Bürger zu schaffen, sie muß auch die in zwei Jahrzehnten sträflich vernachlässigten "Gemeinschaftsaufgaben" - besser müßte man sagen: "Gesellschaftsaufgaben" - lösen: Umweltschutz, Gesundheitswesen, Bildung u.a. Die Eskalation des Konsums hat einen Teil unserer Bürger für die Probleme unserer Gesellschaft und deren notwendige Lösungen blind gemacht.

Die UdSSR und die Staaten des Warschauer Paktes können nicht umhin, den Konsumnachfrage ihrer Bürger allmählich nachzugeben. Nachdem das, was wir "Gesellschaftsaufgaben" nennen, im Osten

der Lösung entgegengeführt wird, müssen die Regierungen sich bemühen, den Lebensstandard für ihre Menschen nach oben anzupassen, die immer mehr Vergleichsmöglichkeiten mit den Westen bekommen. Je weniger daneben im Osten die vermeintliche außenpolitische Bedrohung durch den Westen geglaubt wird, desto mehr wird dort die Aufmerksamkeit auf die inneren Probleme gelenkt.

Beide Seiten können ihre Probleme nur durch mehr Geld lösen. Eine wesentliche Quelle sind die Militärhaushalte. Keine Seite wird sie anzapfen für die Lösung der Gesellschaftsaufgaben bzw. für Investitionen in der Konsumgüterindustrie, wenn die andere nicht mitmacht. Die SALT-Gespräche haben durch Teilerfolge eine weitere gigantische Erhöhung des Rüstungsbudgets verhindert. Es bleiben aber schätzungsweise immer noch rd. 700 Milliarden DM jährlich, die auf dieser Erde für militärische Zwecke ausgegeben werden.

Jeder verantwortliche Politiker - ganz gleich welcher Partei er angehört oder in welchem Block er steht - muß sich fragen, ob das verantwortet werden kann: Nicht nur gegenüber den Bürgern seines Landes, sondern auch gegenüber den Menschen in der Dritten Welt. Im Schlußkommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikkrates am 4. und 5. Dezember 1969 in Brüssel wurde deshalb einerseits auf die NATO als "wesentlichen Faktor der Stabilisierung", andererseits aber auch hingewiesen auf "beiderseitige Truppenvermindierungen, die nach Umfang und zeitlichem Ablauf so ausgewogen sind, daß sie den gegenwärtigen Grad an Sicherheit aufrechterhalten". Man möchte hinzufügen: Die Sicherheit in Europa vergrößern.

Unter den genannten Aspekten - mehr Sicherheit nach außen durch gleichwertige, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung und dadurch raschere Lösung der innenpolitischen Probleme - erhält die Ostpolitik mit den Ratifikationsakten des Moskauer- und Warschauer-Vertrages, der Berlin-Regelung und der "Europäischen Sicherheits-Konferenz für Zusammenarbeit" ihre epochale Bedeutung für alle betroffenen Menschen. (-/ex/6.12.1974/ks)

Lassen wir die "Großen" weiterlaufen?

Schärfere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

Von Martin Hirsch MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Exportfirma führt aus der Bundesrepublik Butter nach Rumänien aus. Diese Ausfuhr wird - zum Abbau des Butterberges - subventioniert. Die Subventionen steckt der Exporteur in seine Tasche. In Rumänien wird die Butter aber nicht entladen. Vielmehr wird sie an einen jugoslawischen Adriahafen weiterbefördert und dort durch Zusatz von Essigsäure in Mayonnaise verwandelt. Die Mayonnaise wird in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Hier wird sie zentrifugiert und derart wieder in Butter zurückverwandelt. Dort beginnt das ganze Manöver von vorn.

Dieser "Karusellexport" wird nicht nur mit Butter, sondern auch mit Weizen, Mais und einigen anderen Gütern durchgeführt. Er ist nicht illegal, wenn es auch unüblich ist, Mayonnaise aus Butter herzustellen. Es ist auch nicht verboten, daß niemand ex- oder importierte Waren zu essen bekommt.

Unsere komplizierte moderne Wirtschaftsgesellschaft lebt in fast totaler Abhängigkeit vom wechselseitigen Vertrauen. Das nutzte ein Textilfabrikant aus, dem es gelang, hohe Kredite zu erschwindeln. Er fingierte Rechnungen über nie bestellte Maschinen und legte sie seiner Bank vor. Die Bank gewährte den gewünschten Kredit von 250.000,- DM und ließ sich zur Sicherheit die nie an den Kreditnehmer gelieferten Maschinen übereignen. Das wirtschaftliche Interesse der Bank gebietet, regelmäßig Kreditgeschäfte unkompliziert abzuwickeln. Das führte hier dazu, daß die Kreditsumme ausgezahlt wurde, ohne daß sich die Bank selbst von dem Vorhandensein der Maschinen überzeugte. Als der Bank später Zweifel kamen, versucht sie, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen. Sie erteilt jedoch trotz ihrer bösen Ahnungen weiterhin gute Bankauskünfte über die zweifelhafte Firma. Das geschieht in der Hoffnung, das Darlehen von 250.000,- DM über neue, dritte Geldgeber wieder herinzuholen. Die Hoffnung geht nicht in Erfüllung, weil das Textilunternehmen vorher Konkurs anmelden muß.

Ein Unternehmen hinterzieht im Laufe mehrerer Jahre insgesamt 12 Millionen DM Steuern. Dieses Geld investiert sie in neue Anlagen, durch die sie sich einen spürbaren Wettbewerbsvorteil verschafft. Die Konkurrenz ist nämlich bei ihren Investitionen auf Kredite angewiesen, für die sie hohe Zinsen zahlen muß. Die steuerhinterziehende Firma kann wesentlich billiger anbieten. Einige ihrer Mitbewerber stellen die Fertigung ein, andere lassen sich rechtzeitig aufkaufen. Mehrere gehen sogar in Konkurs. Die Dinge finden schließlich ihr vorläufiges Ende damit, daß das Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung erringt, dem Finanzamt die Steuerhinterziehung offenbart und die 12 Millionen DM Steuer nachzahlt. Das Unternehmen geht wegen dieser "tätigen Reue" straffrei

aus.

Den verständlichen Wunsch vieler Bürger, eine eigene Wohnung oder gar ein eigenes Haus zu erwerben, nutzte ein Wohnungsbaunternehmer skrupellos aus. Er verkaufte Eigentumswohnungen und verwirtschaftete die Einlage seiner Kunden. Er verwendete deren Geld nämlich nicht für die jeweils vorgesehenen Projekte, sondern steckte es - weil sein Eigenkapital nicht ausreichte - in andere Bauvorhaben. Er verwendete es sogar für Bauten, die er für eigene Rechnung errichtete und später zu verkaufen hoffte. Solange immer neue Kunden für neue Projekte gewonnen werden konnten, ging das auch gut. Als jedoch eines Tages die Mittel ausblieben, war die Schwindelfirma am Ende.

Und schließlich ein letzter Fall: Vor einigen Jahren gab die Bundesregierung aus sozialpolitischen Gründen Aktien des Volkswagenwerkes, die bis dahin dem Staat und damit der Allgemeinheit gehörten, zu einem Kurs aus, der weit unter dem wirtschaftlichen Wert dieser Anteile lag. Zahlreiche Personen erschlichen sich durch falsche Angaben und durch Strohmannen in erheblichem Wert Aktien, die ihnen nach den bei der Vergabe anzuwendenden Vorschriften aus sozialpolitischen Gründen nicht zustanden. Nach einiger Zeit konnten die Aktien mit einem Gewinn bis zu fast 400 vH. wieder verkauft werden.

Solche Beispiele liessen sich beliebig fortsetzen. Die wenigen Zitate zeigen jedoch bereits die vielfältigen Schwierigkeiten, denen sich die Bundesregierung bei der Bewältigung des gravierenden Problems der Wirtschaftskriminalität gegenübersehen. Der von den Wirtschaftskriminellen an Vermögen einzelner Staatsbürger und dem der Allgemeinheit angerichtete Schaden wird von Sachkenner auf 10 bis 15 Milliarden DM jährlich, von einigen sogar noch weit höher geschätzt.

Das im Jahre 1871 geschaffene Strafgesetzbuch entstand vor dem Hintergrund der Wirtschaft der vorindustriellen Zeit, die auf gegenständlicher, persönlicher Wechselbeziehung beruhte. Nahezu zwangsläufig war die Kriminalität jener Zeit ebenfalls persönlich, gegenständlich und unmittelbar: sozusagen auf die Deckung des eigenen Bedarfs gerichtet. Die Verbrecher raubten, mordeten, stahlen, unterschlugen und betrogen, um sich in den Besitz und den Genuß einzelner Sachgüter zu bringen. Daran hatte sich naturgemäß das Strafrecht jener Zeit zu orientieren. Der schädigende Eingriff in die geschützten Rechtsgüter des Einzelnen wurde demzufolge bestraft, die Wirtschaftsordnung als solche blieb dagegen ungeschützt. Das Strafgesetzbuch von 1871 war - an seiner Grundhaltung gemessen - ein Klassenschutzgesetz für das besitzende Großbürgertum und den Adel.

Gerade aus der dieser Gruppe heute soziologisch vergleichbaren Schicht rekrutieren sich aber in ganz überwiegendem Maße die Wirtschaftskriminellen. Sie sind sehr intelligent, gebildet, berufserfahren und wendig; sie zeichnen sich aber auch durch eine bemerkenswerte Rücksichtslosigkeit und einer auffälligen Doppelmoral aus. Häufig sind sie mit Titeln, Ehrungen und Auszeichnungen versehen. Das macht sie nahezu unangreifbar und hebt sie weit über die Maße der anderen Menschen hinaus. Alles in allem: Sie entsprechen absolut nicht der gängigen Vorstellung vom Verbrecher. Sie gelten vielmehr häufig - weil sie mit Spenden, Geschenken und Stiftungen für gemeinnützige Zwecke und an Vereine nicht geizen - sogar als Freund des Sports, der Armen, der Wissenschaft und gar des Volkes. Das kann sich lohnen: Niemand wird einen je aufkommenden Verdacht gegen sie

für begründet halten, sondern ihn vielmehr als absurd zurückweisen.

Die von diesen Leuten begangenen Taten sind als kriminelles Unrecht kaum mehr zu erkennen und gehen völlig auf im kaufmännischen Wagemut, in unternehmerischer Entschlossenheit und in der Dynamik eines Industriellen. Das Unrecht verbirgt sich aber auch hinter dem Gewinnstreben, ohne das es heute eine so gut florierende Wirtschaft nicht gäbe. Werden die beispielhaft aufgezählten, durchaus positiven Eigenschaften und Motive - Wagemut, Entschlossenheit, Dynamik und Gewinnstreben - in ihrer Ausprägung jedoch übersteigert, so verändert sich auch nahezu unmerklich ihre Bedeutung und ihr Wert für den einzelnen Staatsbürger und für die Allgemeinheit. Aus lobenswerten Eigenschaften entstehen dann Skrupellosigkeit, Machtgier, Rücksichtslosigkeit und Beherrlichkeit. Diese schrankenlose, egoistische Freiheit im Wirtschaftsleben wird zum Unrecht gegenüber der Allgemeinheit und führt in die Kriminalität.

Dabei ist die Selbstwertvorstellung des Wirtschaftskriminellen von einem im Kern hochgradigen Bewußtsein der eigenen Eliterolle bestimmt und von der Vorstellung genährt, an der Spitze der Gesellschaft weit über der Masse der übrigen Menschen zu stehen. Ein Schuldgefühl kann unter diesen Umständen kaum je noch aufkommen, zumal diese Täter sich in der Regel gesellschaftlich angemessen und angepaßt verhalten, ja sogar soziale Gesinnung erkennen lassen. Für diese Wirtschaftskriminellen haben die Gesetze und staatliche Macht eine andere Bedeutung als für "Otto Normalverbraucher". Mit dem Gewinn an Geld fällt dem die Gesetze umgehenden Wirtschaftler auch nahezu automatisch die Macht zu. Wirtschaft bringt Reichtum; Reichtum ist Macht. Jedermann weiß, daß Wirtschaftsmacht heute mehr denn je auch politische Macht bedeutet.

Hier zeigt sich eine ganz besondere, spezifische Gefahr der Wirtschaftskriminalität für die Allgemeinheit. Denn es hängt auch von der Einstellung der Machtträger ab, ob sie Macht zum Vorteil oder zum Nachteil der Allgemeinheit gebrauchen. Die durch Konzentration von Unternehmen entstehende Macht vermindert beispielsweise für ganze Gruppen von Wirtschaftsbeteiligten den Freiheitsgehalt des marktwirtschaftlichen Systems und erzeugt soziale Dauerabhängigkeit und schließlich dadurch persönliche Unfreiheit. Die Konsequenzen-Vision einer unsichgreifenden Wirtschaftskriminalität ergäbe schließliche

Veränderungen in unserer Gesellschaftsordnung und in unserer politischen Verfassung. Die freie Privatrechtsgesellschaft könnte schließlich zu einer Monarchia der Wirtschaftskriminellen pervertieren. Diese verhüllte Macht müßte sich zum Schaden jedes Einzelnen von uns und der Allgemeinheit auswirken, weil sie praktisch nicht mehr hinreichend kontrolliert werden könnte.

Die Bundesregierung hat nun zum Nutzen aller in diesem Stadium entscheidende Maßnahmen eingeleitet. Von namhaften Wissenschaftlern werden Gutachten erarbeitet, die die Grundlage der weiteren Gesetzesarbeit sein werden. Es wird eine Kommission aus Rechtslehrern, Wirtschaftswissenschaftlern, Richtern, Staatsanwälten und Polizeibeamten gebildet, die sich umfassend mit dem Problem der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität befassen wird. In mehreren Ländern der Bundesrepublik sind bereits sog. Schwerpunktstaatsanwaltschaften gebildet worden, die bereits jetzt wirksame Arbeit gegen die Wirtschaftskriminellen leisten. Neben der Reform von Vorschriften aus dem Strafrecht soll in Zukunft die Wirtschaftskriminalität auch durch vorbeugend wirkende Gesetzesänderungen auf dem Gebiet des Handels- und Wirtschaftsverwaltungsrechts eingedämmt werden. Durch eine vorgesehene Änderung der Strafprozeßordnung soll die Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaften weiter intensiviert werden. Dadurch soll den Ermittlungsbehörden weitere Befugnisse übertragen werden. Die Zuständigkeit für einzelne in einem Verfahren erforderliche Ermittlungshandlungen soll auf einen Richter konzentriert werden.

Schon zu Beginn des Jahres 1972 sollen die ersten dieser Maßnahmen dem Bundestag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Es bleibt zu hoffen, daß sie dazu beitragen werden, das Bewußtsein der Allgemeinheit zu schärfen, die erkennen muß, von welcher außerordentlichen Gefährlichkeit die Wirtschaftskriminalität ist.

[-/ex/6.12.1971/ks]